

**Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags im Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb gemäß § 14 Abs. 3, § 17 VgV**

Vergabenummer: O037-26-001 - Beschaffung einer KI-Plattform

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, im o.g. Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag zu stellen und diesen innerhalb der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge bis zum

Montag, 14.07.2026, 11:00 Uhr (Bewerbungsfrist)

unter Berücksichtigung der im Vergabeverfahren bereitgestellten Vergabeunterlagen und Informationen einzureichen.

1. Rechtsrahmen

1.1 Vergabeverfahrensart und Vergabevorschriften

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) und des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

2. Nachprüfung

2.1 Nachprüfungsstelle

Bewerber können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabevorschriften an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Hamburg bei der Finanzbehörde
Adolphsplatz 3–5
20457 Hamburg
Tel: +49 40 42823-1690
Webseite: <https://www.hamburg.de/service/info/11725152/>
E-Mail: vergabekammer@fb.hamburg.de

2.2 Nachprüfungsantragsfrist

Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich insbesondere aus § 160 Abs. 3 GWB. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind

(§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten darüber hinaus insbesondere die Regelungen der §§ 134, 135, 160 GWB.

3. Auftraggeber und Beteiligte

3.1 Auftraggeber

Auftraggeber ist Hamburgische Investitions- und Förderbank.

3.2 [unbesetzt]

3.3 [unbesetzt]

4. Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bewerbern erfolgt grundsätzlich nur über die Vergabeplattform. Bewerber sind verpflichtet, regelmäßig zu überprüfen, ob zusätzliche oder geänderte Informationen über die Vergabeplattform kommuniziert werden.

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

4.1 Kommunikationsweg

Der Auftraggeber nutzt für die Durchführung des Vergabeverfahrens die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP).

Eine Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere durch das Stellen von Fragen oder das Einreichen von Teilnahmeanträgen und Angeboten setzt voraus, dass sich Bewerber unter

<https://dtvp.de/>

kostenfrei registrieren.

Auf dieser Webseite finden sich auch nähere Informationen zur Kommunikation, sowie zu den technischen Voraussetzungen zur Teilnahme am Vergabeverfahren über die Vergabeplattform.

4.2 Fragen, Hinweise, Beanstandungen der Bewerber

Enthalten Bekanntmachungen oder (Vergabe-)Unterlagen des Auftraggebers nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den Auftraggeber hierauf unverzüglich in Textform hinzuweisen.

Fragen/Hinweise der Bewerber sind unverzüglich, spätestens aber bis zu dem unter Ziffer 11. Verfahrensablauf, Termine und Fristen angegebenen Datum über die Vergabeplattform einzureichen. Bewerber sollen hierfür das mit den Vergabeunterlagen bereitgestellte *Dokument Nr. 16 Formblatt Bewerberfragen* verwenden.

Die Beantwortung von Bewerberfragen und sonstige verfahrensrelevante Informationen seitens des Auftraggebers erfolgen grundsätzlich über DTVP.

Auch die Bewerberfragen selbst werden vom Auftraggeber grundsätzlich veröffentlicht. Der Auftraggeber bittet daher darum, die Bewerberfragen so zu formulieren, dass sie keine Rückschlüsse auf die Identität des fragestellten Bewerbers zulassen.

4.3 [unbesetzt]

4.4 [unbesetzt]

5. Auftragsgegenstand

Der Auftragsgegenstand, insbesondere der Inhalt und Umfang der ausgeschriebenen und anzubietenden Leistungen ergibt sich im Einzelnen aus den Vergabeunterlagen, insbesondere aus den Vertragsunterlagen, dort insbesondere aus der Leistungsbeschreibung.

5.1 [unbesetzt]

5.2 Loszuschnitt

Die ausgeschriebenen Leistungen sind nicht in Lose aufgeteilt oder getrennt.

5.3 Vertragsverlängerung

Die Vertragslaufzeit beträgt 2 Jahre mit einseitiger Option der zweimaligen Vertragsverlängerung um jeweils ein Jahr für den Auftraggeber.

5.4 [unbesetzt]

5.5 Ausführungsbedingungen

Der Auftraggeber legt folgende besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags (Ausführungsbedingungen) fest, die mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen.

Der Auftragnehmer hat die relevanten gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben

- des europäischen DORA-Pakets (Digital Operational Resilience Act, Verordnung (EU) 2022/2554 und Richtlinie (EU) 2022/2556),
 - zur Informationssicherheit gemäß ISO/IEC 27001 oder BSI IT-Grundschutz oder einem vergleichbaren Standard,
 - der europäischen KI-Verordnung (AI Act, Verordnung (EU) 2024/1689)
 - zum Datenschutz (DSGVO, HmbDSG)
- zu erfüllen.

Diese Ausführungsbedingungen ergeben sich insbesondere aus folgenden Bestandteilen der Vergabeunterlagen:

- 18a_IFB Anlage DORA - Neuverträge (nicht KwF)
- 18b_IFB Anlage Informationssicherheit V2.1 SBF 3_4_LAW_IFBHH
- 18c_IFB Anlage KI-Vergabe_LAW_IFBHH
- 18d_Muster_AVV IFB_Stand62025

Der Bewerber hat hierzu mit seinem Angebot (nicht: mit seinem Teilnahmeantrag) die vom Auftraggeber bereitgestellten Vertragsanlagen mit Verhandlungsbedarfen einzureichen oder unverändert zum Bestandteil seines Angebots zu machen.

6. Vergabeunterlagen

6.1 Checkliste bereitgestellter Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt mit dieser Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags folgende Vergabeunterlagen bereit:

Lfd Nr.	Bezeichnung Dokument	Rücklauf benötigt
1	Aufforderung zum Teilnahmeantrag	Nein
2	Eignungskriterien und Bewertungsmatrix TNW	Nein
4	Datenschutzinformation	Nein
5	Vorformulierter Teilnahmeantrag	Ja
6	Bewerbergemeinschaftserklärung	Ja (soweit zutreffend)
7	Erklärung zum Unterauftragnehmereinsatz	Ja (soweit zutreffend)
8	Erklärung des Unterauftragnehmers	Ja (soweit zutreffend)
9	Erklärung zur Eignung	Ja
10	Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben	Ja
14	Erklärung zu Russlandsanktionen	Ja
15	Erklärung Tariftreue und Mindestlohn	Ja
16	Formblatt Bewerberfragen	Ja (soweit zutreffend)
17	Leistungsbeschreibung KI LAW IFBHH	Nein
18	Term Sheet KI LAW IFBHH	Nein
18a	IFB Anlage DORA - Neuverträge (nicht KWF)	Nein
18b	IFB Anlage Informationssicherheit V2.1 SBF 3.4 LAW IFBHH	Nein

18c	IFB Anlage KI-Vergabe LAW IFBHH	Nein
18d	Muster AVV IFB Stand62025	Nein
18e	Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) IFBHH	Nein
18f	VOL-B Fassung 2003	Nein

6.2 [unbesetzt]

7. Beteiligungs- und Unternehmereinsatzformen

7.1 Bewerbergemeinschaft

Bewerbergemeinschaften werden grundsätzlich wie Einzelbewerber behandelt. Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft sind die hierzu im Vergabeverfahren geltenden Anforderungen einzuhalten. Bewerbergemeinschaften haben das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr.6 Bewerbergemeinschaftserklärung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

7.2 Unterauftragnehmer und Eignungsleihe

Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zugelassen.

Bei beabsichtigtem Einsatz von Unterauftragnehmern sind die hierfür im Vergabeverfahren geltenden Anforderungen einzuhalten.

Bei beabsichtigtem Einsatz von Unterauftragnehmern hat der Bewerber das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 7 Erklärung zum Unterauftragnehmereinsatz* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (Eignungsleihe), hat er nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu hat der Bewerber von diesen anderen Unternehmen das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 8 Erklärung des Unterauftragnehmers* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen einzuholen und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

Nimmt der Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, haben der Bewerber und das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam zu haften.

7.3 Mehrfachbeteiligung

Im Falle von Mehrfachbeteiligungen einzelner Bewerber/Unterauftragnehmer/anderer Unternehmen (z. B. im Falle einer Beteiligung eines Unternehmens als Einzelbewerber

einerseits und als Unterauftragnehmer eines anderen Einzelbewerbers andererseits) ist der Auftraggeber grundsätzlich gehalten, die Zulässigkeit dieser konkreten "Mehrfachbeteiligung" im Einzelnen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu prüfen und zu bewerten.

Diese Prüfung erfolgt insbesondere dahingehend, ob durch die Mehrfachbeteiligung ein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb und den Wettbewerbsgrundsatz vorliegt. Abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalls kann eine Mehrfachbeteiligung verschiedene Konsequenzen haben, ggf. sogar den zwingenden Ausschluss von allen von der Mehrfachbeteiligung betroffenen Bewerbern.

Bewerber sind daher aufgefordert, bei jeder Entscheidung über ihre Beteiligungs- und Einsatzform zu prüfen, ob und inwieweit eine Mehrfachbeteiligung vorliegt und diese zulässig ist.

7.4 Eignungskriterien bei Bewerbergemeinschaften und Unterauftragnehmern inkl. Eignungsleihe

Bewerber haben - unabhängig von ihrer Beteiligungs- und Untereinsatzform - insbesondere die Regelungen über die Eignungskriterien (nachfolgende Ziffern 8.1 - 8.5) zu beachten.

Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft sind die hinsichtlich der Eignungskriterien (nachfolgende Ziffern 8.1 - 8.5.) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise durch das führende Mitglied der Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft einzuholen und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

Soweit der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe), sind die hinsichtlich der Eignungskriterien (nachfolgende Ziffern 8.1 - 8.5.) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise durch den Bewerber von diesen anderen Unternehmen einzuholen und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

7.5 Änderungen bei Bewerbergemeinschaften sowie Unterauftragnehmer

Bei Änderungen an gebildeten Bewerbergemeinschaften und/oder am beabsichtigten Unterauftragnehmereinsatz (einschl. Eignungsleihe) während des Vergabeverfahrens, ist der Auftraggeber gehalten, die Zulässigkeit der konkreten Änderung im Einzelnen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu prüfen und zu bewerten. Diese Prüfung erfolgt insbesondere dahingehend, ob durch die Änderung ein Verstoß gegen Vergabevorschriften vorliegt. Abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalls kann eine Änderung verschiedene Konsequenzen haben, ggf. sogar den zwingenden Ausschluss des betroffenen Bewerbers.

Bewerber sind daher aufgefordert, bei jeder Entscheidung über Änderungen an gebildeten Bewerbergemeinschaften und/oder am beabsichtigten Unterauftragnehmereinsatz (einschl. Eignungsleihe) während des Vergabeverfahrens zu prüfen, ob und inwieweit die beabsichtigte Änderung zulässig ist.

Etwaige Änderungen sind durch die betroffenen Bewerber gegenüber dem Auftraggeber transparent zu machen, und zwar unter Darlegung der Gründe für diese Änderungen und der Gründe, warum aus Sicht des betroffenen Bewerbers darin kein Verstoß gegen Vergabevorschriften, insbesondere keine Verletzung der Vergabegrundsätze besteht. Die

abschließende Prüfung und Entscheidung über die Zulässigkeit einer etwaigen Änderung obliegt im Vergabeverfahren dem Auftraggeber.

8. Eignungskriterien, Prüfung und Wertung der Eignung

Eine Übersicht zu sämtlichen Eignungskriterien, den diesbezüglichen Mindestanforderungen und den vom Bewerber einzureichenden Unterlagen ist den Vergabeunterlagen in den *Dokumenten Nr. 2 Bewertungsmatrix Teilnahmewettbewerb* und *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* zu entnehmen.

8.1 Mindestanforderungen und Ausschlussgründe

Bewerber haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Mindestanforderungen Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer Zuverlässigkeit abzugeben und einzureichen, § 42 VgV i.V.m §§ 123, 124 GWB.

Hierzu haben Bewerber das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen, insbesondere *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben*, mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

8.2 Befähigung zur Berufsausübung

Bewerber haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Mindestanforderungen Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer Befähigung zur Berufsausübung abzugeben und einzureichen, § 44 VgV i.V.m § 122 GWB.

Hierzu haben Bewerber die vom Auftraggeber bereitgestellten *Dokumente Nr. 9 Erklärung zur Eignung, Nr. 14 Erklärung zu Russlandsanktionen* und *Nr. 15 Erklärung Tariftreue und Mindestlohn* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

8.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bewerber haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Mindestanforderungen und Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit abzugeben und einzureichen, § 45 VgV i.V.m § 122 GWB.

Hierzu haben Bewerber das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung Eignung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

8.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bewerber haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Mindestanforderungen und Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit abzugeben und einzureichen, § 46 VgV i.V.m § 122 GWB.

Hierzu haben Bewerber das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung Eignung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben und einzureichen.

8.5 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge durch den Auftraggeber erfolgt nach folgendem Procedere:

1. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Einhaltung der Formalien (§§ 56, 57 VgV), insbesondere form- und fristgerechte Übermittlung und Einreichung).
2. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise und Entscheidung über etwaige Nachforderungen gemäß § 56 Abs. 2 ff. VgV.
3. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB und Erfüllung von Mindestanforderungen an die Eignung).
4. Prüfung der Eignung des Unternehmens gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Unternehmen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.
5. Sollten danach mehr als 5 Bewerber die geforderten Eignungsvoraussetzungen erfüllen, so wird der Auftraggeber die Bewerber auswählen, die die geforderten Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Zur Ermittlung dieser am besten geeigneten Bewerber wird der Auftraggeber die vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anhand der im *Dokument Nr. 2 Bewertungsmatrix Teilnahmewettbewerb* enthaltenen Systematik bewerten. Das *Dokument Nr. 2 Bewertungsmatrix Teilnahmewettbewerb* ist als Bestandteil der Vergabeunterlagen bereitgestellt. Die 5 Bewerber, die die höchste Punktzahl erzielen, werden für das weitere Verfahren ausgewählt.

Sollte sich bei der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge herausstellen, dass weniger als 5 Bewerber für die zu vergebenden Leistungen geeignet sind, können auch weniger als 5 Bewerber für das weitere Verfahren ausgewählt werden. Im Falle der Punktgleichheit mehrerer Bewerber nach der Eignungsbewertungsmatrix auf den entsprechenden Rängen im Ranking können auch mehr als 5 Bewerber für das weitere Verfahren ausgewählt werden.

8.6 Wettbewerbsregister

Bewerber haben Angaben und Erklärungen im Zusammenhang mit der Wettbewerbsregisterabfrage (§ 6 Abs. 1 WRegG) abzugeben und einzureichen. Hierzu haben Bewerber das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben und einzureichen.

9. Vom Bewerber einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind die unter Ziffer 6. Vergabeunterlagen in der Tabelle mit „Rücklauf benötigt: Ja“ gekennzeichneten Dokumente abzugeben und einzureichen (soweit zutreffend).

Darüber hinaus sind von den Bewerbern mit ihrem Teilnahmeantrag noch weitere Unterlagen einzureichen, die nicht als Vergabeunterlagen bzw. Formblatt zur Verfügung gestellt sind, vgl. hierzu auch die Checkliste in *Dokument Nr. 5_Vorformulierter Teilnahmeantrag*. Im Einzelnen:

- Auszug aus dem Handels- bzw. Berufsregister;

- Nachweis über ein zertifiziertes Informationssicherheitsmanagements gemäß ISO/IEC 27001 oder BSI IT-Grundschutz oder einem vergleichbaren Standard;
- Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung.

9.1 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

9.2 [unbesetzt]

9.3 Kennzeichnung gewerbliche Schutzrechte, Geheimschutz, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Bewerber haben in ihrem Angebot anzugeben, ob für den Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen, beantragt sind oder erwogen werden § 53 Abs. 8 VgV.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass im Falle von Rechtsschutzverfahren im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren Informations-, Auskunfts- und/oder Akteneinsichtsrechte bzw. -ansprüche von Beteiligten/Dritten geltend gemacht werden können und ggf. solche Rechte/Ansprüche Beteiligter/Dritter bestehen. Der Auftraggeber empfiehlt Bewerbern daher bereits bei der Abgabe und Einreichung ihrer Angebote Angebotsteile zu kennzeichnen, die dem Geheimschutz, insbesondere etwaigen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unterliegen.

Der Bewerber hat hierzu in dem vom Auftraggeber bereitgestellten *Dokument Nr. 5 Vorformulierter Teilnahmeantrag* entsprechenden Angaben und Erklärungen abzugeben und mit dem Angebot einzureichen.

9.4 Form und Übermittlung der Teilnahmeanträge

Teilnahmeanträge sind in Textform nach § 126b BGB über die Vergabepattform DTVP abzugeben und einzureichen.

9.5 Entschädigung, Kostenerstattung, Vergütung o.ä für Teilnahme am Vergabeverfahren

Für die Teilnahme am Vergabefahren wird keine Entschädigung, Kostenerstattung, Vergütung o.ä. gewährt.

10. Prüfung und Wertung der Angebote und Zuschlagskriterien

10.1 Prüfung und Wertung der Angebote

Die Prüfung und Wertung der späteren Angebote durch den Auftraggeber erfolgt nach folgendem Procedere:

1. Prüfung der Angebote auf Einhaltung der Formalien (§§ 56, 57 VgV, insbesondere form- und fristgerechte Übermittlung und Einreichung).
2. Prüfung der Angebote auf Vorliegen der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise und Entscheidung über etwaige Nachforderungen gemäß § 56 Abs. 2 ff. VgV.

3. Prüfung der Angebote auf Vorliegen von Ausschlussgründen (Erfüllung von Mindestanforderungen).
4. Prüfung der Angemessenheit der angebotenen Preise, insbesondere unter Berücksichtigung von § 60 VgV.
5. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots auf Grundlage des oder der bekannt gemachten Zuschlagskriterien und deren Gewichtung.

10.2 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Für diese Ermittlung wendet der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien an:

Kriterium	Gewichtung
Preis , mit folgenden Unterkriterien: <ul style="list-style-type: none">– Hosting– Softwarelizenzen und Nutzungsgebühren– Stundensatz	40%
Ausführungskonzept	40%
Eignung des Unternehmens , mit folgenden Unterkriterien: <ul style="list-style-type: none">– Organisation, Qualifikation und Erfahrung des Schlüsselpersonals– Nachhaltigkeit der angebotenen Leistung	20%

Eine Konkretisierung der Zuschlagskriterien wird der Auftraggeber spätestens in den Vergabeunterlagen bekannt geben, die mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bereitgestellt werden.

11. Verfahrensablauf, Termine und Fristen

11.1 Weiterer Verfahrensablauf und Terminplan

Hinsichtlich des weiteren Verfahrensablaufs nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs finden die für die gewählte Vergabeverfahrensart geltenden Vergabevorschriften Anwendung.

Der Auftraggeber wird den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern mitteilen, dass sie zur Abgabe eines Angebotes ausgewählt wurden und sie zur Abgabe eines Erstangebotes auffordern. Die näheren Einzelheiten zum dann vorgesehenen weiteren Verfahrensablauf wird die Aufforderung zur Angebotsabgabe enthalten.

Auch im Rahmen der damit eingeleiteten Angebotsphase wird für die Bieter Gelegenheit bestehen, Fragen / Hinweise u. ä. an den Auftraggeber zu richten.

Die Erstangebote sind von den Bietern zum in der Aufforderung zur Angebotsabgabe einheitlich und verbindlich festgelegten Termin einzureichen.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

Sofern der Auftraggeber von diesem Vorbehalt keinen Gebrauch macht, wird er diejenigen Bieter, deren Erstangebote nicht gemäß § 57 Abs. 1 VgV von der Wertung auszuschließen sind, zu einem Verhandlungstermin einladen. Der geplante Verhandlungszeitraum ist aus der untenstehenden Terminplanung ersichtlich. Bewerber / Bieter werden gebeten, ihre Verfügbarkeit im Verhandlungszeitraum sicherzustellen. Das konkrete Datum und der voraussichtliche Ablauf des Verhandlungstermins werden zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt.

Im Anschluss an die Verhandlungstermine wird der Auftraggeber die Bieter zur Abgabe ihrer endgültigen Angebote auffordern. Mit der Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote wird der Auftraggeber ggf. ergänzende Hinweise und aktualisierte Vergabeunterlagen zur Verfügung stellen, wenn und soweit sich dies nach den Verhandlungsterminen als sachdienlich und zweckmäßig erweist.

Die endgültigen Angebote sind von den Bietern zum in der Aufforderung zur endgültigen Angebotsabgabe einheitlich und verbindlich festgelegten Termin einzureichen.

Der Auftraggeber wird die Angebote nach den in Ziffer 10. näher beschriebenen Festlegungen prüfen und bewerten sowie demgemäß das wirtschaftlichste Angebot für den Zuschlag auswählen. Nicht berücksichtigte Bieter werden gemäß § 134 GWB informiert und nach Ablauf der entsprechenden Wartefrist wird der Zuschlag auf das ausgewählte Angebot erteilt.

Die vorstehenden Ausführungen sowie die weiteren Angaben zum Verfahrensablauf innerhalb der Vergabeunterlagen geben den derzeitigen Stand des geplanten Verfahrensablaufs wieder.

Der Auftraggeber sieht den nachfolgenden Terminplan vor. Änderungen / Ergänzungen an dem Terminplan behält sich der Auftraggeber vor, wenn und soweit sich dies als sachdienlich und zweckmäßig erweist.

Termin	Verfahrensschritt
29. Juni 2026	Frist Bewerberfragen
7. Juli 2026	Frist für die Beantwortung der Bewerberfragen
14. Juli 2026, 11:00 Uhr	Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
24. Juli 2026	Aufforderung zur Abgabe der Erstangebote
10. August 2026	Frist Bieterfragen
17. August 2026	Frist für die Beantwortung der Bieterfragen
24. August 2026, 11:00 Uhr	Angebotsfrist Erstangebote
7. – 18. September 2026	Verhandlungszeitraum
18. September 2026	Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote
5. Oktober 2026, 11:00 Uhr	Angebotsfrist endgültige Angebote
16. Oktober 2026	Vorabinformation nach § 134 GWB
27. Oktober 2026	Zuschlagserteilung